

Peter Aufgebauer

Der letzte Göttinger Rabbiner und seine Gemeinde

- Vortrag bei der Evangelischen Stadtakademie Göttingen am 16. September 2021 -

Mit einem Festakt in der Kölner Synagoge hat Bundespräsident Walter Steinmeier am 21. Februar dieses Jahres das Themenjahr „1700 Jahre jüdisches Leben auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands“ eröffnet. Den historischen Anlass des Festjahres bietet die älteste Nachricht, eine Vergünstigung des römischen Kaisers Konstantin für die jüdische Gemeinschaft von Köln aus dem Jahre 321. Zahlreiche Städte erinnern aus diesem Anlass auf unterschiedliche Weise an ihre eigene jüdische Geschichte. In Göttingen hat das Tageblatt mit einem Artikel an die Anfänge jüdischen Lebens im Mittelalter erinnert, und das Städtische Museum zeigt noch bis zum 17. Oktober in der Ausstellung „Gestickte Pracht und gemalte Welt“ seine international bedeutende Sammlung von Tora-Wimpeln.

Auch dieser Vortrag versteht sich als ein Beitrag zum Themenjahr „1700 Jahre jüdisches Leben“.

Am 15. September 1935 trat Dr. Hermann Ostfeld sein Amt als Rabbiner der Synagogengemeinde Göttingen an. Er war damals gerade 23 Jahre alt, hatte an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin, wo Leo Baeck und Ismar Elbogen zu seinen Lehrern zählten, die Befähigung zum Rabbinat erworben; daneben hatte er in Berlin und Würzburg Geschichte studiert und war in Würzburg im Juli 1933 mit einer Arbeit zur neuzeitlichen Geschichte promoviert worden.

Am selben 15. September, der zugleich Jom Kippur, der Versöhnungstag, also der heiligste Tag des jüdischen religiösen Jahres war, wurden durch Hitler persönlich die berüchtigten Nürnberger Gesetze verkündet; in der Sprache des Nationalsozialismus hießen sie „Reichsbürgergesetz“ und „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Eine drastisch verstärkte rechtliche Diskriminierung und gesellschaftliche

Isolierung der Juden waren die Folge. Allein in diesem einen Jahr 1935 hat die nationalsozialistische Regierung und haben ihre Verwaltungs- und Polizeibehörden mehr als 230 Gesetze, Verordnungen und Erlasse in Kraft gesetzt, die sich gegen die jüdische Bevölkerung Deutschlands richteten; für den gesamten Zeitraum 1933 bis 1945 betrug die Zahl 1.973.

Nach drei Jahren, Ende Oktober 1938, gab Hermann Ostfeld sein Göttinger Rabbinat auf, um ein Forschungsstipendium an der Universität Jerusalem wahrzunehmen. Wenige Tage später brannte in der Reichspogromnacht des 9. November auch die Göttinger Synagoge nieder – er erfuhr davon in Palästina aus der Presse, ebenso wie das weitere Schicksal seiner Gemeinde. Seither und bis heute gab es in Göttingen keinen Rabbiner mehr.

Seinen medizinischen Neigungen folgend, bildete sich Herrmann Ostfeld in Israel in der Psychiatrie und Psychoanalyse aus, arbeitete im Strafvollzug und stieg zum Wissenschaftlichen Direktor der staatlichen israelischen Gefängnisverwaltung auf. 1951 hebraisierte er in landesüblicher Weise seinen Namen in "Zvi Hermon".

Unter dem Titel "Vom Seelsorger zum Kriminologen. Rabbiner in Göttingen, Reformier des Gefängniswesens und Psychotherapeut in Israel, ein Lebensbericht" veröffentlichte er im Jahre 1990 seine umfangreiche Autobiographie. Die Göttinger Zeit macht hier mit knapp 80 von über 600 Seiten einen verhältnismäßig kleinen Anteil aus. Doch war es nach Hermons eigenem Bekunden "die schönste Zeit meines Lebens".

Wenige Tage, nachdem die Nürnberger Gesetze verkündet wurden und Hermann Ostfeld sein Amt antrat, feierte die von den judenfeindlichen Maßnahmen bedrängte und beunruhigte Gemeinde am 28. September Rosh Hashana, den ersten Tag des neuen jüdischen Jahres, und der junge Rabbiner hielt seine erste Predigt; ihr Text ist in den Beständen des Göttinger Stadtarchivs überliefert.

Bewusst an genau diesem Tage fand in Göttingen die bis dahin größte nationalsozialistische Propagandaveranstaltung statt – eine Kundgebung mit Julius Streicher über die Judenfrage im allgemeinen und die Auswirkung der Nürnberger Gesetze im Besonderen; also das Reichsbürgergesetz, das Juden den Staatsbürgerstatus absprach und sie zu bloßen Staatsangehörigen ohne politische Rechte degradierte, und das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das insbesondere Ehen und auch außereheliche Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden unter Strafe stellte.

Für diese Großveranstaltung hatte man auf dem Schützenplatz ein Zelt aufgestellt, das 10 000 Personen fasste, und außerdem dafür gesorgt, dass die dreistündige Hetzrede durch Lautsprecher auch auf den Platz vor dem Zelt übertragen wurde.

Und wenige Tage vorher, am 10. September, hatte der Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust verfügt, dass ab dem Schuljahr 1936 in allen Schulen eine möglichst vollständige „Rassentrennung“ durchzuführen sei. Das Göttinger Tageblatt begrüßte es daraufhin in einem am 17. September 1935 erschienenen Artikel ausdrücklich, dass mit diesem Erlass ein weiterer Programmpunkt des Führers, den er in seinem Buch „Mein Kampf“ niederlegte, zur Wirklichkeit werde. Da jedoch die vorgegebene Mindestzahl von 20 jüdischen Schülern als Voraussetzung einer separaten jüdischen Schule nicht erreicht wurde, wurden diese Pläne in Göttingen vorerst nicht ausgeführt.

Diese aktuell drängende Frage sprach Hermann Ostfeld in seiner Predigt in der Synagoge als erstes an:

„Die Fragwürdigkeit der jüdischen Existenz von heute, ist an keinem von uns vorbeigegegangen. Wir Juden sind wieder einmal die Prügelknaben der Welt geworden. Das jüdische Kind wird von den anderen Kindern seines Alters getrennt, weil man fürchtet, dass die Gegenwart jüdischer Kinder in einer Klasse die Entwicklung anderer Kinder hemmen kann. Junge jüdische Menschen, die aufwärts streben, werden in ihrem Vorwärtsdrängen zurückgehalten, weil sie Juden sind. Das alles muss uns bitter erre-

gen und unser Ehrgefühl aufs Tiefste verletzen. Und alle unsere Energien, alle Kräfte unseres Körpers und unserer Seele sind von diesem Gedanken ganz und gar ausgefüllt.“

Doch Ostfeld machte in dieser ersten Predigt nicht nur das durch die nationalsozialistische Ausgrenzung und Verfolgung verletzte „Ehrgefühl“ der deutschen Juden zum Thema, sondern auch die nach dem Ersten Weltkrieg bei vielen Juden eingetretene „starke Entfremdung“ und das „starke Misstrauen gegen die Religion ihrer Väter: Seit Jahrhunderten“ – so führte er aus – „stehen wir Juden in einer nichtjüdischen Welt und einer nichtjüdischen Kultur. Dieser fremden Kultur verdanken wir unendlich viel. Sie ist uns ganz in Fleisch und Blut übergegangen. Wir wollen hier keiner Rückkehr in ein geistiges Ghetto das Wort reden.“

Allerdings setzt er ein „aber“ hinzu: „Dauernd umgeben von Werten, deren Herkunft eine andere ist, als die Wertskala des Judentums, haben wir das spezifisch jüdische allmählich verloren. Und so tasten wir an unseren Bräuchen, an unseren Gesetzen an unserer Sprache, an unserer Geschichte, an unserer Psyche herum, um abzufühlen, was denn eigentlich das Wesen des Judentums ist.“ Er selbst verstehe sich in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes Rabbiner in erster Linie als Lehrer, als „Künder und Vermittler der jüdischen Kultur“ für die gesamte Gemeinde, die er wieder zu einem „lebendigen Gliede der jüdischen Traditionskette“ machen wolle, um sie gerade in dieser Zeit durch das Bewusstsein jüdischer Größe innerlich wieder aufzurichten.

Auch in den Jahren der nationalsozialistischen Verfolgung gab es jüdische Stimmen, die dafür plädierten, dem Zerr- und Feindbild der Nationalsozialisten ein selbstbewusstes Judentum entgegenzusetzen und die Situation, dass sich nun niemand mehr als Jude verstecken könne, als Chance für ein neues „jüdisches Erwachen“ und eine „jüdische Wiedergeburt“ zu nutzen.

Einer der Hauptprotagonisten dieses stolzen Judeseins war der Journalist und Zionist Robert Weltsch, der ab März 1933 eine Reihe von Aufsätzen mit entsprechendem Tenor in der Jüdischen Rundschau veröffentlicht

hatte, die unter dem sprechenden Titel „Ja-Sagen zum Judentum“ auch als Buch erschienen. Dies war offensichtlich auch Hermann Ostfelds Ansatzpunkt, und so bemühte er sich nach seinem Amtsantritt in Göttingen insbesondere um die Belebung des jüdischen Kulturlebens; das zeitigte allerdings aufgrund des komplizierten und von Willkür gekennzeichneten Genehmigungsverfahrens nur geringen Erfolg. Und im Jahr der vollständigen staatsbürgerlichen Entrechtung der deutschen Juden machte sich Ostfeld sicherlich keine Illusionen mehr über die positive Außenwirkung eines selbstbewussten Auftretens als Jude. Außerdem war ihm natürlich klar, dass die deutschen Juden 1935 zwar nicht in einem geistigen Ghetto, so doch längst in einem von den Nationalsozialisten geschaffenen faktischen Ghetto lebten. Dennoch: Indem Ostfeld forderte, dass die Göttinger Gemeinde sich wieder stärker auf ihr Judentum zurückbesinnen und die jüdischen Eltern sich mehr um die jüdische Erziehung ihrer Kinder kümmern sollten, indem er also ein offenes Bekenntnis zum Judesein forderte, gab er seiner Gemeinde einen Rest Würde zurück.

Im Wesentlichen sind es drei Themenbereiche, mit denen sich der Rabbiner vor allem konfrontiert sah:

- Die rechtliche, soziale und kulturelle Isolation der jüdischen Gemeinde im städtischen und regionalen Umfeld
- Innerjüdische theologische Differenzen und ihre Auswirkungen
- Die durch die nationalsozialistische Judenpolitik erzwungene Mobilität, also der Zug in die Großstädte und die Organisation der Auswanderung

Isolation

Die Göttinger Gemeinde war 1935 schon verhältnismäßig klein geworden; zahlreiche Familien, vor allem derjenigen, die an der Universität gearbeitet hatten, hatten bald nach den antisemitischen Gesetzen des Frühjahrs und Sommers 1933 Deutschland verlassen. Die gebliebenen waren, rückten enger zusammen:

In seinen Erinnerungen schreibt er: „Ich traf fast alle Mitglieder der Gemeinde an jedem Freitagabend zur Einweihung des Schabbat und auch am Schabbatmorgen in der Synagoge. In jenen Jahren fühlten sich die Mitglieder der Gemeinde viel mehr als in normalen Zeiten zur Synagoge hingezogen. Alle kamen, um in der Nähe der Schicksalsgenossen Trost zu finden.“

Der gemeinsame Gottesdienst und vor allem die Predigt des Rabbiners erhielten in dieser Situation eine neue Qualität: Der Wochenabschnitt aus der Thora war nicht mehr eher akademisch zu erklären und zu erörtern, sondern musste immer wieder neu als Orientierungshilfe in bedrängter Lage erschlossen werden. Das war angesichts der Erwartungshaltung der Gemeinde keine leichte Aufgabe für einen gerade erst dreiundzwanzig-jährigen Hochschulabsolventen. Erschwert wurde die Situation für Rabbiner und Gemeinde dadurch, dass zunächst häufig, dann bald ständig Beamte der Gestapo anwesend waren und nach vermeintlich staatsfeindlichen Äußerungen fahndeten.

Dies galt auch für alle sonstigen kulturellen Veranstaltungen der Göttinger und der um- liegenden Gemeinden. Für jede dieser Veranstaltungen war seit dem Sommer 1935 eine polizeiliche Genehmigung einzuholen. Neben Konzerten und Gesangsdarbietungen, die Rabbiner Ostfeld dank seiner guten Verbindungen nach Berlin in größerer Anzahl und mit gutem Erfolg nach Göttingen holte, fanden vor allen Dingen Vorträge zu Fragen des Zionismus und der Situation in Palästina statt. In gewisser Weise traf sich hier die auf Auswanderung der Juden gerichtete nationalsozialistische Politik mit den die Auswanderung nach Palästina propagierenden Bestrebungen des

Zionismus. Auch Hermann Ostfeld wie offenbar ein Teil der Gemeinde, vor allem die Ostjuden, waren überzeugte Zionisten.

Zwei Beispiele, Veranstaltungen in Hannoversch Münden 1936 und 1937, seien angeführt: Am 30. November 1936 meldet der Vorsteher der Mündener Synagogengemeinde einen Vortrag des Lehrers Bacher aus Kassel über

das Thema "Palästina in schwerer Zeit", mit Lichtbildern und anschließendem geselligem Beisammensein der Gemeindemitglieder an.

Der Polizeibericht des zur Beobachtung abgeordneten Kriminalassistenten lautet folgendermaßen: "Die jüdische Gemeinde, hier, hielt am Sonnabend, den 12.XII.36 um 20 Uhr einen Gemeindeabend in der Synagoge, hier, Hinterstr. 7, ab, der von etwa 40 Personen beiderlei Geschlechts besucht war. Der jüdische Lehrer Bacher, Kassel, hielt einen Vortrag über das Thema "Palästina in schwerer Zeit", veranschaulicht durch eine Reihe von Lichtbildern, in dem er seine Palästinareise im Juli d.J. schilderte. Er berichtete über das Leben in den Städten Haifa, Tel-Awiw und Jerusalem. Besonders eingehend berichtet er über die Siedlungen, in welchen ihm bekannte Juden untergebracht waren. Einzelne Punkte seiner Betrachtung bezogen sich auf die religiöse Entwicklung im Lande, auf das Verhältnis zu den Arabern und die Kämpfe mit denselben, auf die Erziehung der Juden in dortigen bekannten Jugendinstitutionen, auf den Ausbau der Siedlungen, Ausbildung der jüdischen Einwanderer, Bearbeitung des Grund und Bodens und die Sicherung der Ernte gegen Überfälle der Araber. Im Anschluß an den Vortrag wurden Lichtbilder gezeigt, die das Dargestellte illustrierten. Hierbei erklärte der Redner weiter, daß auch während der Unruhen die Entwicklung des Landes fortgeschritten sei. Zum Schluß erwähnte er, daß im Juden der Glaube lebe, daß Palästina eine Zukunft für viele Juden bedeute. Hieran schloß sich ein gemütliches Beisammensein mit Kaffeetafel an. Über Politik wurde während des Vortrags nicht gesprochen. Zu Beanstandungen lag kein Anlaß vor."

Dass ein solches Thema als unpolitisch galt, zeigt die zu dieser Zeit noch bestehende teilweise Übereinstimmung zionistischer Bestrebungen mit der damals noch auf Auswanderung gerichteten NS-Judenpolitik.

Das zweite Beispiel betrifft einen Vortrag von Hermann Ostfeld selbst. Der Vorsteher der Mündener Synagogengemeinde meldet für den 5. Mai 1937 an, dass der Göttinger Rabbiner über „Zionssehnsucht in Literatur und Geschichte des jüdischen Volkes“ sprechen wolle. Wieder soll im Anschluss ein geselliges Beisammensein stattfinden. Diesmal ergeht jedoch umgehend

die folgende Verfügung:

"Auf Ihre Eingabe vom 26.4.37 teile ich Ihnen mit, daß zur Zeit sämtliche jüdische Veranstaltungen, mit Ausnahme solcher rein religiöser oder kultureller Art, verboten sind. Hierzu gehört auch das gesellige Beisammensein."

An die Kriminalpolizei erging die Weisung zu Überwachung und der Auftrag:

"Es ist dafür zu sorgen, daß nach Beendigung des Vortrages die Versammlungsteilnehmer sich entfernen."

Der Bericht des Kriminalassistenten lautet: "Die Veranstaltung wurde überwacht. Der Rabbiner Dr. Ostfeld sprach über das angegebene Thema. Nach Schluß der Rede entfernten sich die Teilnehmer."

Theologische Differenzen

Seit 1895 gab es in Göttingen eine Austrittsgemeinde. Am Streit um den Bau einer neuen Mikweh im Hintergebäude der Synagoge und um den Einbau einer modernen Orgel war die Einheit der Gemeinde zerbrochen. Die so entstandene „israelitisch-orthodoxe Gemeinde Göttingen“ benutzte künftig anstatt der Synagoge eine einfache Betstube, die in der Prinzenstraße lag (im heutigen Haus der Commerzbank). Da aber nach einem Gesetz von 1842 (Abt. II § 8) jeder Jude einer Synagogengemeinde angehören musste und auch die orthodoxen Juden überdies bei Eheschließungen und Beerdigungen immer wieder einen Rabbiner benötigten, blieb eine gewisse Verbindung zur Synagogengemeinde bestehen.

Auch zählten ihre Gebetsversammlungen nicht als öffentliche Gottesdienste. In mancher Hinsicht lebte die kleine orthodoxe Gemeinde unter erschwerten Bedingungen: Zwar verfügte sie über ein privates Reinigungsbad in dem 1898 errichteten Haus der Familie Löwenstein in der Roten Straße, das eigens in Konsequenz aus dem Konflikt mit der Gemeinde im Keller des Neubaus eingerichtet worden war, doch In religiösen Fragen wandte man sich nicht an den eher liberal orientierten Landesrabbiner zu Hildesheim, dessen Zuständigkeit bestritten wurde, sondern an das

Rabbinat in Halberstadt, das unter den Rabbinern Selig Auerbach und ab 1903 unter dessen Sohn Isaak gewissermaßen zu einer Hochburg der Orthodoxie in Nord- und Mitteldeutschland geworden war.

Um 1930 umfasste die orthodoxe Gemeinde knapp ein Dutzend Männer mit ihren Familien, dazu in wechselnder Anzahl etliche Studenten der Universität. Die Mehrheit von ihnen stammte aus Polen und war in der orthodoxen Tradition des östlichen Judentums mit seiner ungleich größeren Nähe zum talmudischen Schrifttum aufgewachsen. Schon Ostfelds Vorgänger im Amte, Dr. Manfred Rosenberg, der Schwiegersohn des berühmten Theologen und Historikers Ismar Elbogen, bei dem auch Zvi Hermon studierte, hatte es sich explizit zur Aufgabe gemacht, die Verbindung zur orthodoxen Gemeinde über das Notwendigste hinaus zu festigen und ihr auch in religiösen und rituellen Fragen eine hilfreiche Autorität zu sein. Aus diesem Bestreben heraus veranstalteten Elbogen und Rosenberg dann im Frühjahr 1936 einen Ferienkurs für junge Rabbiner, die die Hochschule in Berlin absolviert hatten, um deren Talmudkenntnisse zu vertiefen und zu festigen. Hermann Ostfeld nahm an diesem Kurs teil, auch deshalb, weil die seelsorgerischen Aufgaben in Göttingen dringlicher wurden:

Einerseits führte die orthodoxe Gemeinde ein streng isoliertes Leben, vor allen Dingen auch abgeschlossen gegenüber der Synagogengemeinde. Diese selbstgewählte Isolation erstreckte sich auch auf das gesellschaftliche Leben.

Andererseits zwangen die immer bedrängender werdenden Verhältnisse dazu, dass alle Juden – die liberalen, die orthodoxen, die Ostjuden – nunmehr als Juden zusammenhielten. Dies gebot oft schon allein die praktische Notwendigkeit, wie am Beispiel des sogenannten neu-koscheren Fleisches zu zeigen ist.

Das religiöse Gesetz verlangt bekanntlich, dass das Schlachtopfer allein durch den in besonderer Weise geführten Schächtschnitt getötet wird. Dabei werden durch einen mit einem haarscharfen Messer blitzschnell geführten Halsschnitt die Weichteile bis auf die Wirbelsäule durchtrennt,

damit das Fleisch vollständig ausblutet. Biblische Grundlage ist das im 2. Buch Mose enthaltene Gebot: „Von keinem Leibe dürft ihr das Blut genießen, denn das Leben eines jeden Leibes liegt in seinem Blute. Wer es zu sich nimmt, der soll ausgerottet werden.“

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es eine wachsende Gegnerschaft gegen das Schächten, ursprünglich mit Bestrebungen des Tierschutzes begründet, bald aber immer stärker antisemitisch motiviert. Veterinärmedizinisch wurden die gegen das Schächten erhobenen Vorwürfe der Tierquälerei seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts und noch bis zum Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts immer wieder eindeutig widerlegt. Gleichwohl erließen die Nationalsozialisten bereits am 21. April 1933 ein Gesetz, welches das Schächten einschränkte. Der „Stürmer“ brachte eine Sondernummer, für die er weithin Werbung machte. Fortan mussten die Schlachttiere vor dem Schächtschnitt betäubt werden, was üblicherweise durch Schlag- oder Schusseinwirkung auf das Gehirn erfolgte. Weil dabei nicht auszuschließen war, dass der Tod bereits vor Ausführung des Schächtschnitts eintrat, kam das Gesetz im religiösen Verständnis einem Schächtverbot gleich. Innerhalb der jüdischen Gemeinden wurde heftig diskutiert, ob man dieses sogenannte neu-koschere Fleisch überhaupt essen dürfe. Hermon erwähnt dieses Beispiel als Hinweis darauf, wie ihm das Talmudstudium in Fragen der praktischen Seelsorge von Nutzen war, teilt aber in seinen Erinnerungen leider nicht mit, wie der offenbar von einzelnen orthodoxen Juden als dramatisch empfundene Konflikt schließlich gelöst wurde.

Aus den Mündener Polizeiakten geht hervor, dass des Öfteren einzelne Juden denunziert wurden, heimlich geschächtet zu haben, so dass tatsächlich die restriktive Gesetzesauflage des öfteren umgangen wurde.

Erzwungene Mobilität

Auswanderung, vor allem nach Palästina oder in die USA, war eines der beherrschenden alltäglichen Themen. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland unterhielt in Berlin ein eigenes Palästina-Amt, das zwei unterschiedliche Möglichkeiten organisierte, um von der englischen

Mandatsmacht ein Zertifikat als Voraussetzung für die Übersiedlung zu erlangen. Wer pro Familie oder für jede erwachsene Einzelperson ein Vermögen von 1000 Pfund vorweisen konnte, erhielt ein sogenanntes Kapitalisten-Zertifikat, für den Nachweis von 250 Pfund wurde ein Handwerker-Zertifikat erteilt. Doch insgesamt erteilten die Mandatsbehörden nur beschränkte Mengen dieser Zertifikate. Aus Zvi Hermons Erinnerungen klingt an, wie mitunter diese Praxis Familien auseinanderzureißen drohte, einzelne dem Selbstmord nahebrachte und wie mitunter nur ein massiver Einsatz des Rabbiners, der wiederholt eigens nach Berlin fuhr, um direkt zugunsten einzelner Gemeindemitglieder zu verhandeln, zum Erfolg führte. Gelegentlich half auch nur ein Zufall, schlimmes persönliches Schicksal abzuwenden.

Als kennzeichnend für die persönlichen Bedrängnisse einzelner Gemeindemitglieder sei noch ein Beispiel angeführt, wie man es nur aus Selbsterlebtem, nie aus Akten erfahren kann: An einem Schabbat-Vormittag, schon während des Gottesdienstes, trat der Synagogenvorsteher Max Hahn an den Rabbiner heran, und berichtete ihm, er habe soeben erfahren, dass der Sohn eines Gemeindemitglieds, den die Eltern zu Verwandten in die USA geschickt hatten, um ihn vor Anfeindungen in der Schule zu schützen, an ebendiesem Tag Barmizwa würde. Der Vorsteher bat den Rabbiner, in der Predigt darauf ein- zugehen, damit die Gemeinde in Gedanken und im Gebet bei dem ja gerade erst Dreizehnjährigen sein könne, der diesen für ihn und seine Familie wichtigen Tag von den engsten Angehörigen getrennt begehen müsste.

Zvi Hermon schreibt: "Aus meinem Herzen kamen auch Worte der Liebe, der warmen Anteilnahme an dem Geschick der Familie, die an diesem Tage nicht stolz und glücklich ihren Sohn, ihr Kind, in die Arme schließen konnte. Bald brach ein hartes Schluchzen aus den Eltern, die ganze Gemeinde weinte mit ihnen, und auch meine eigenen abschließenden Worte wurden von Tränen erstickt."

Abschied von Göttingen

Seit Februar 1938 stand fest, dass Hermann Ostfeld Ende Oktober 1938 Göttingen verlassen würde, um als Forschungsstudent an die Universität in Jerusalem zu gehen.

„Ich hatte Ausdrücke der Enttäuschung, der Verbitterung über den ungetreuen Rabbiner erwartet,“ schrieb Ostfeld in seinen Erinnerungen über die Reaktion auf seinen Weggang, „stattdessen umgab mich eine Atmosphäre des Wohlwollens, der Liebe, der Traurigkeit über den bevorstehenden Abschied. Gertrud Hahn, der ich zufällig auf der Straße begegnete, umarmte mich und weinte lange in meinen Armen. Es interessierte sie nicht, was um sie herum vor sich ging. Wir hatten drei gute Jahre miteinander verbracht. In warmer Freundschaft, mit hunderten guter Gespräche, mit Tennisspielen, in inniger brüderlich-schwesterlicher Verbundenheit.“

Und er fand bei den Hahns – an deren Wohnhaus in der Merkelstraße mittlerweile eine Gedenktafel angebracht ist – mehr als nur Verständnis. Denn Max Raphael Hahn unterstützte Ostfelds Plan zu emigrieren auch finanziell: „Es war in den Tagen, in denen ich von meinem Entschluß Mitteilung gemacht hatte, daß Max Hahn mir Geld anbot, damals 5000 Mark, die es mir ermöglichen würden, ein Zertifikat für die Universität zu bekommen und zwei Jahre bescheiden davon zu leben. Diese materielle Hilfe war sicher sehr wichtig für mich. Aber wichtiger war noch der Ausdruck der echten, menschlichen Verbundenheit, der brüderlich-väterlichen Besorgtheit, der darin lag. Max Hahn hat mich verstanden und alles für mich getan, damit ich auswandern konnte.“

Ostfeld zahlte nach dem Krieg die gesamten 5000 Mark zurück; Max und Gertrud Hahn waren 1941 nach Riga deportiert und dort ermordet worden. So erstattete Hermann er das Geld an die Kinder von Max und Gertrud Hahn, und darüber hinaus auch an die beiden Söhne von Nathan Hahn. Auch der ältere Bruder von Max Hahn hatte Geld zu seiner Emigration beigesteuert.

„Wenn ich an den Abschied von Trude und Max Hahn denke, sind meine

Gefühle die Gefühle des Abschieds von der ganzen Gemeinde. Trudes Tränen sind die Tränen all der Gemeindemitglieder, die an unserem Abschiedsabend über die Trennung von der Heimat, die unser aller Schicksal war, weinten. Die Totenbleiche, die ich in den Tagen vor meinem Abschied im Gesicht von Max Hahn sah, bewies, daß er tief drinnen wußte, was geschehen würde. Es gibt keine Worte, die Zerrissenheit in meiner Seele zu beschreiben. Ich war zu Tode betrübt, weil ich beschlossen hatte, meine erste Gemeinde zu verlassen, und ich war glücklich mit dem Gedanken, daß ich in die alte Heimat des jüdischen Volkes zurückgehen würde. Der Gedanke daran, zwei Jahre an der Hebräischen Universität in Jerusalem ohne materielle Sorgen mich fortbilden zu können, machte mein Glück vollkommen.“

Aber, so Ostfeld weiter: „Ich war im Begriff Menschen zu verlassen, die sich mir anvertraut hatten, die mich brauchten, um leben, um weiterleben zu können. [...] Ich sah ihre Tränen und ihre Verzweiflung, ich sah, wie sie dem Tode ins Auge schauten: 'Wenn's Judenblut vom Messer spritzt', klang es immer wieder und immer bedrohlicher in den Straßen, schrie es in den Schlagzeilen der Zeitungen. Mein zerrissenes Herz war wie ein lähmendes Gewicht, das auf meiner Seele lag. Ich mußte die Gefühle der Liebe, der Verbundenheit mit der Gemeinde wegschieben, verdrängen, um mit mir selber, meinen Tagen und Nächten leben zu können, um fähig zu sein, die einfachen praktischen Dinge zu tun, die man tun muß, wenn man auf eine lange Reise geht.

Als mich nur wenige Tage nach meiner Ankunft in Palästina die Nachricht erreichte, daß meine herrliche Synagoge zerstört war, daß die heiligen Bücher, die der Welt vor 4000 Jahren von dem einen und einzigen Gott verkündet hatten, durch den Schmutz gezogen und verbrannt waren, war ich unfähig, das Ungeheuerliche zu begreifen. Die Thora war entweiht, die schönen silbernen Geräte, die zur Ehre Gottes die Thora-Rollen geschmückt hatten, waren zerstört. Die Kanzel, an der ich noch vor Tagen gebetet und von der ich zur Gemeinde gesprochen hatte, war verschwunden. Warum war ich nicht bei meiner Gemeinde und in meiner Synagoge

geblieben, um mit ihr zusammen unterzugehen? Ein Stück von mir ist mit dem Abschied von Max und Trude Hahn, von Rudi und Hanni und von allen anderen Juden in Göttingen mit dem Abschied von meiner Synagoge gestorben.“

In den Erinnerungen des letzten Göttinger Rabbiners spiegeln sich die drei Jahre von 1935 bis 1938 als eine angesichts der allgemeinen Entwicklung noch verhältnismäßig ruhige Zeit. Von massiven Ausschreitungen ist gar nicht und von dramatisch verlaufenden Einzelschicksalen ist kaum die Rede. Bei dem einzigen Fall von angeblicher Rassenschande, an den er sich erinnert, wird der Beschuldigte, den er regelmäßig im Gefängnis besucht, schließlich wegen erwiesener Unschuld freigesprochen. Aus zeitgenössischen Quellen wissen wir, dass solche Fälle auch anders ausgehen konnten: Auf üble Weise durch seinen Angestellten denunziert, hatte ein stadtbekannter Mündener Kaufmann eine seit längerem bestehende Liebesbeziehung zu einer Nichtjüdin eingestanden. Am Tag nach der Einlieferung in das Göttinger Gefängnis beging der Beschuldigte Selbstmord. Wie dieser gehört ein anderer dramatischer Fall ebenfalls zu den Konsequenzen der Nürnberger Rassegesetze. Jude ist, wer mindestens drei volljüdische Großeltern hat, war dort unter anderem definiert. Reichsweit waren damit mehr als 250 000 Personen, die selbst oder deren Eltern sich zur protestantischen oder katholischen Konfession bekannten, plötzlich wieder zu Juden gemacht. Dazu zählte auch der Pastor an der Marienkirche, Bruno Benfey. Auf Betreiben seines Kirchenvorstands – mehrheitlich Mitglieder der NSDAP, ein Vorsteher war Ortsgruppenleiter – wurde dem Pastor die Zusammenarbeit aufgekündigt; im Herbst 1936 kam es zu Tumulten vor der Kirche, am Bußtag wurde Pastor Benfey nach dem Gottesdienst im Talar abgeführt. Diese stadtbekanntem Vorfälle, das Schicksal seines von der nationalsozialistischen Judenpolitik betroffenen evangelischen Amtskollegen, werden von Zvi Hermon nicht erwähnt.

Diese Beispiele – und weitere ließen sich mühelos anschließen – zeigen deutlich: Wer sich nach so langer Zeit ausschließlich auf seine Erinnerungen stützt, unterliegt neben einer natürlichen Selektion, aus der die

Summe des Erinnerten insgesamt besteht, unter Umständen auch dem psychologischen Phänomen einer gewissen nachträglichen Harmonisierung. Das so, ausschließlich aus der Erinnerung gezeichnete Bild ist naturgemäß nicht vollständig.

Gleichwohl ist es authentisch und stellt im vorliegenden Fall selbst eine erstrangige historische Quelle dar.[22] Dabei ergibt sich der Rang des Erinnerungswerkes als einer Quelle nicht zuletzt gerade daraus, dass eben nicht andernorts publizierte Primär- und Sekundärquellen, von denen etliche für den Autor leicht zu erreichen gewesen wären, eingearbeitet sind. Wir erfahren sehr vieles über den beeindruckenden Lebensweg einer beeindruckenden Persönlichkeit, wenn auch nicht alles über die unmittelbaren Zeitumstände.

Doch das ausschließlich aus eigenem Erleben heraus gezeichnete Bild packt den Leservielfach unmittelbarer als gelehrte Abhandlungen, die aus den Akten gearbeitet sind.

Mehr als 50 Jahre, nachdem er Göttingen verlassen hatte, kam Zvi Hermon, wie er nun hieß, 1991 für kurze Zeit nach Göttingen zurück, um seine Lebenserinnerungen vorzustellen und für Zeitzeugengespräche zur Verfügung zu stehen. Es blieb sein erster und letzter Besuch. Fünf Jahre später ist er in Tel Aviv gestorben. Sein Erinnerungswerk, vor 30 Jahren zunächst Göttinger Verlag Otto Schwartz erschienen, ist heute über den Göttinger Wallstein Verlag noch lieferbar.

Prof. Dr. Peter Aufgebauer
Hinterm Knick 8
37083 Göttingen
0551-794462
paufgeb@gwdg.de